

GdP: Kurz berichtet

September 2004



Erweiterungsbau der PD Neustadt übergeben

„Das uralte Sprichwort ‚Was lange währt, wird endlich gut‘ ist, glaube ich nirgendwo treffender angebracht, als bei der Baumaßnahme der Polizei hier in Neustadt“, kommentierte Personalratsvorsitzender Heinz Schaumberger in seiner Festrede die Übergabe des Erweiterungsbaus, die vom LBB an Minister Zuber erfolgte, der seinerseits den Schlüssel an Präsidenten Wolfgang Fromm und Hausherrn Werner Reichert überreichte. Aus der Einsegnung des Gebäudes durch Pfarrer Pfundstein von der Pfarrei St. Martin: *„Wir bitten dich heute um deinen Segen für dieses neue Gebäude und wir bitten dich um deinen Segen für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die hier arbeiten. Ihr Dienst konfrontiert sie oft mit den dunklen Seiten des Lebens, mit Gewalt und Unrecht, aber auch mit menschlichem Elend und Leid. Beschütze die Beamten in den Gefahren ihres Berufes. Stärke sie in ihrem Dienst. Gib ihnen Ausdauer, Weisheit, Phantasie und Erfolg. Schenke ihnen Gelassenheit, Trost und die nötige Distanz, damit sie an bitteren Erfahrungen nicht zerbrechen. Lass die Freude und die beglückenden Erfahrungen nicht zu kurz kommen. Gib, dass in diesem Gebäude stets ein gutes Miteinander und verlässliche Kameradschaft herrschen.“*

Für die GdP nahmen die Koll. Hans Peter Michel, Heinz-Werner Gabler und Ernst Scharbach an der Übergabe teil.

Kostenexplosion beim Umbau des Stadions Kaiserlautern

Die Presse mutmaßt, die Stadt Kaiserlautern mit ihrem OB Deubig (CDU) sei mit ihrer Objektgesellschaft heillos überfordert. Die ursprünglich veranlagten Kosten von 48,3 Mio. € reichen bei weitem nicht. Die Landesregierung hatte gehofft, mit einem Zuschuss von 21,7 Mio. € auszukommen. Wer für die geschätzten Mehrkosten in Höhe von ca. 20 Mio. € aufkommen soll, steht noch in den Sternen. Unklar ist auch, ob die Baumaßnahmen überhaupt rechtzeitig zur WM 2006 fertig werden. Ob damit der Austragungsort Kaiserlautern gefährdet wird und alle bisherigen Vorbereitungen der Polizei obsolet würden ist derzeit noch nicht abschätzbar. Das wäre wohl eine schöne Blamage!

GdP im Gespräch: Akustische Wohnraumüberwachung

Als Reaktion auf die Entscheidung des BVerfG vom 3.3.2004 zu Art. 13 Abs. 3 GG, § 100c Abs. 1 Nr.3 StPO bemühen sich die Länder um notwendige Anpassungen ihrer Polizeigesetze. Das Land Bayern hat bereits einen Entwurf erarbeitet, in dem die Regelungen im Gefahrenabwehrrecht umgesetzt werden sollen. Am 21. September lädt die rheinland-pfälzische CDU-

Landtagsfraktion zu einer Diskussion ein – am 24. September werden wir die Thematik bei einer Anhörung mit der SPD-Fraktion erörtern.

Verfassungsschutz aufgestockt

Auf Anfrage der Polizeisprecherin der CDU-Fraktion erläuterte Minister Zuber die Entwicklung beim Verfassungsschutz. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seit 2001 um 12 auf 148 erhöht. Das Sachbudget erhöhte sich von 1.068.000 € auf 1.80600 €

PKS-Sonderauswertung ‚junge Aussiedler‘

Minister Zuber beantwortete die Anfrage von Dr. Enders und Kohnle-Gros (CDU) zur Sonderauswertung der Kriminalitätsbelastung durch junge Aussiedler. Die Polizei benötige die Auswertungen zum Erkennen von Brennpunkten in verschiedenen Regionen des Landes. Dort würden zeitweise und wiederholt Arbeitsgruppen eingerichtet, deren Ermittlungen sich vor allem auf die Bekämpfung der BTM-Kriminalität, von Gewaltdelikten, Menschhandel und Erpressung erstreckten.

Digitalfunk

Bund und Länder haben als Zielmarke für die Einführung des Digi-Funks den 31. Dezember 2010 vereinbart – allerdings wurde über die Kostenverteilung noch nicht entschieden. Minister Zuber bezifferte die Höhe der vermutlichen Kosten für RLP mit 120 Mio. € über einen Zeitraum von 10 Jahren. Die Kosten für die Endgeräte und die Leitstellentechnik fallen zusätzlich an.

Einladung zur Herbstakademie 2004

Die DGB-Jugend veranstaltet zusammen mit Attac in diesem Jahr vom 29.09. bis 03.10.2004 eine Herbstakademie mit dem Titel "Das "neue" Europa: Privatbesitz - Betreten verboten?". Die Veranstaltung richtet sich an junge GewerkschafterInnen und andere interessierte Jugendliche und findet in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin statt. Weitere Informationen, den Flyer und Anmeldekarten zum Downloaden und Bestellen findet ihr unter: www.dgb-jugend.de/herbstakademie

Zentralregister für Betreuungsverfügungen

Viele Menschen machen sich Sorgen, wer für sie entscheiden soll, wenn sie selbst durch Unfall oder Krankheit entscheidungsunfähig sind. Die Bundesnotarkammer hat nun ein Register eingerichtet, in dem jeder eine Vollmacht hinterlegen kann. Familien, Krankenhäuser und Gerichte sollen auf das Register Zugriff erhalten. Sofern man eine notarielle Verfügung bei einem Notar hinterlegt hat, kann dieser den Eintrag kostenlos veranlassen. Der Online-Eintrag per Internet für Privatpersonen soll ab September möglich werden.

Details unter: <http://www.bnotk.de> .

Deutsche Hochschule Polizei

Zum Herbstsemester 2007 soll die Deutsche Hochschule der Polizei ihren Betrieb aufnehmen. Damit wird ein Ziel erreicht, das seit Jahrzehnten von der GdP verfolgt wird. Der Studiengang wird im Interesse der internationalen Vergleichbarkeit zum Master-Abschluss führen. Die internationale Akkreditierung ist bereits erfolgt.

Steigende GdP-Rechtsschutz-Kosten

Schlechte Nachrichten für den GdP-Landeskassierer Ralf Schreiber: Zum 1.7.2004 löst das neue Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) die alte BRAGO ab. Schätzungen zu Folge werden die Vergütungen für die Anwälte um 20 % steigen.

GdP-Positionspapier zur Lebensarbeitszeit

Der GdP-Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht hat ein Diskussionspapier zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit entworfen, das in den Gliederungen der GdP beraten werden soll. Es beschäftigt sich mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit, der Faktorisierung der Schichtarbeit, den besonderen Altersgrenzen, den versorgungsrechtlichen Konsequenzen und mit gesundheitspräventiven Ansätzen. Das Positionspapier bildet die Grundlage für künftige Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Bund und Land.

Bürgerversicherung kontra Kopfpauschale

„Wichtig ist vor allem die Entkopplung der Gesundheitsversicherung von den Lohn- und Gehaltskosten“, betonte der rheinland-pfälzische GdP-Vorsitzende Ernst Scharbach in der Sепtembersitzung des Bundesvorstandes. *„Alle Einkommensarten müssen ihren Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme leisten!“*

Das Diskussionspapier des Bundes wurde an die Länder mit der Bitte übergeben, dessen Inhalte in den GdP-Gremien vor Ort zu diskutieren und die Meinungsbildung des Bundesvorstandes zu diesem schwierigen Thema zu erweitern.

Arbeitszeitverlängerung führt zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat errechnet, dass sich die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2004 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,5 % auf 344 erhöht hat. Gleichzeitig sank die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um 0,7 % auf 33,9 Millionen. Dies ist einmal mehr ein Beweis dafür, dass längere Arbeitszeiten die Zahl der Arbeitslosen erhöht und nicht vermindert, wie von konservativer Seite immer wieder behauptet wird.

CDU: Mehr Polizeibeamte nötig

In keinem anderen Bundesland gibt es so wenige Polizisten pro 1.000 Einwohnern wie in Rheinland-Pfalz. Seit Jahren verlassen rund 400 Polizisten pro Jahr den Polizeidienst, weil sie in Ruhestand gehen oder etwa Erziehungszeiten antreten. Nur wenig mehr als die Hälfte werden eingestellt. Das Durchschnittsalter der Polizeibeamten hat längst den kritischen Bereich erreicht. Folglich lässt die Schlagkraft der Polizei mehr und mehr nach. Die aktiven Beamtinnen und Beamten reiben sich auf. Die Freude über die Vereidigung von 250 Anwärterinnen und Anwärter sowie weiteren 29 Wiederholern aus dem letzten Studienjahr kann darüber nicht hinweg täuschen. Darauf hat heute die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marlies Kohnle-Gros, hingewiesen.

Marlies Kohnle-Gros: *"Die Regierung Beck dünnt die Polizei im Land aus, wie keine andere Regierung in der Bundesrepublik Deutschland. In Anbetracht der Sicherheitslage, die sich mit der Fußball WM noch verschärft wird, in Anbetracht der Gefahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus oder auch der organisierten Kriminalität wäre eine deutliche Aufstockung der Polizei in Rheinland-Pfalz geboten."*

Ab Februar Mini-Mobile?

Die französische Firma Ligier stellt Mini-Autos her: Der Diesel leistet 4 KW und beschleunigt das Gefährt auf ‚stolze‘ 45 km/h. Der Zweisitzer aus Plastik muss nicht zum TÜV. Kfz-Steuer fallen auch nicht an. Die Vollkasko schlägt mit 90 € pro Jahr zu Buche. Der neu eingeführte Führerschein der Klasse „S“ für die „Leichtkraftfahrzeuge“ erlaubt dann 16-Jährigen die Nutzung des Minis. Fahrer des Autos schwärmen davon, „so gemütlich über Land zu fahren“, während andere Verkehrsteilnehmer sich über die langsamen Verkehrshindernisse aufregen, berichtet der Spiegel. Auch die so genannten vierrädrigen Quads ohne Überdachung werden ab Februar 2005 für die Jugend frei gegeben. Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat in Crash-Tests erhebliche Gefahren für die Nutzer der Kleinfahrzeuge ausgemacht.

Von Amerika lernen, ...?

Immer mehr US-Amerikaner leben unterhalb der Armutsgrenze, die vom US-Statistikamt bei einem Jahresarbeitseinkommen von 9.900 € für einen Zweipersonenhaushalt festgelegt wurde. Die Zahl der Armen steigt seit Jahren an und liegt jetzt bei 35,8 Millionen US-Bürgern. Das sind 12,5 % der registrierten Bevölkerung. 45 Millionen US-Bürger (15,6 %) sind gar ohne jede Krankenversicherung; 1,4 Millionen mehr als im Jahre 2002. Rechnet man die illegalen Einwanderer dazu, dürfte die Quote noch weit höher liegen.

Skrupellose Irre erobern die Chefetagen

Ist Ihr Chef eine charmante und guterzogene Führungspersönlichkeit, die schnurstracks die Karriereleiter hinaufklettert? Falls ja, könnte er ein Psychopath sein, wie US-Psychologen jetzt herausgefunden haben wollen. Forschungen hätten ergeben, dass nicht alle Psychopathen brutale Killer seien, sagte der US-Wirtschaftspsychologe Paul Babiak auf einem europäischen Wissenschaftskongress in Stockholm. Vielmehr arbeiteten viele in allen möglichen Berufszweigen und machten Karriere.

"Psychopathen sind häufig liebenswürdig, haben Selbstbewusstsein und stehen auf Geld, Macht und Sex. Weil sie sich gut ausdrücken können, denkt jeder, sie hätten Visionen und wären zur Unternehmensführung geeignet."

Hinzu kommt nach Babiaks Ansicht, dass Psychopathen oft ganz bewusst eingestellt werden - bedarf die heutige Geschäftswelt doch oft gewissenloser Chefs, die vor harten, schnellen Entscheidungen nicht zurückschrecken. "Ein Psychopath hätte keine Skrupel, einen ganzen Betrieb zu schließen, während einer wirklichen Führungspersönlichkeit die Entlassungen leid tun würden."

Langfristig aber ist ein Psychopath ein Problem für eine Firma, wie Babiak betont. "Sie sind ungeeignet für die tägliche Routinearbeit und nutzen die anderen Angestellten aus." Der Psychologe warnte davor, dass die Zahl der Psychopathen in Unternehmen in den kommenden Jahren noch steigen werde. In seiner Karriere als Berater für US-Firmen seien ihm unter hundert Angestellten rund acht Psychopathen begegnet - alle in gehobenen Positionen.

(aus: <http://de.news.yahoo.com>)

Sozialstaat verändern – nicht zerbrechen!

„Es ist nicht nur die Arbeitslosigkeit die uns umtreibt und für deren Beseitigung es kein Patentrezept gibt. Was mich aber gerade dieser Tage besonders bedrückt ist, erkennen zu müssen, wie diese Situation politisch ausgenutzt wird.“

Wer den Menschen nur noch als Handelsware, als Element des Marktes begreift, dem sage ich, es genügt nicht einerseits die fehlende Fairness und gesellschaftliche Kälte und einen Werteverlust bei der jüngeren Generation zu beklagen und andererseits selbst eine Ellbogen-gesellschaft vorzuleben.

Wenn nur noch die profitable Verwertbarkeit zählt und die Propheten des Neoliberalismus es erreichen, dass schrankenlose Mobilität und Flexibilisierung eine Lösung von allen kollektiven gesellschaftlichen Bindungen als Entfaltung der eigenen Persönlichkeit gefeiert werden, dann wissen wir: dahinter steckt die Absicht, die sozialliberalen Prägungen unseres Landes, unser Sozialstaatsmodell loszuwerden.

Hinter diesen Rezepten stecken handfeste politische und wirtschaftliche Interessen.

Man will keine Reform, man will offen propagiert den Systemwechsel und freut sich noch über den Glücksfall eine in der Verantwortung stehende sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hierfür mit aufmunternden Worten vorausschicken zu können.

Bei jedem bittersüßen Zuspruch des BDI, der Herren Rogowsky und Konsorten zur „Fortsetzung der notwendigen Reformpolitik“ habe ich ein ungutes Gefühl, und ich denke, da bin ich nicht der einzige.

Gewiss, wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn verändern und ihn neuen Gegebenheiten anpassen, bevor er zerbricht. Aber einen Systemwechsel den wollen wir nicht. Dies ist der springende Punkt des Unterschieds, der unserer politischen Identität Ausdruck verleiht. Aber dieser Unterschied ist politisch substantiell.

*Ja, wir brauchen Reformen auch in der Arbeitswelt; ja wir sollten hier in Mainz, in Rheinland-Pfalz und auch in der Bundesrepublik Deutschland bei unserer wirtschaftsfreundlichen Politik bleiben: Um jeden einzelnen Betrieb kämpfen, uns um jeden einzelnen Ausbildungs- und Arbeitsplatz mühen gemeinsam mit unserer Landesregierung, den Wirtschaftsverbänden, den Kammern und selbstverständlich, und ich sage das gerade dieser Tage, **mit vollem Nachdruck: mit den Gewerkschaften.***

Aber alle Reformen müssen letztlich den Menschen dienen und dürfen sie nicht ohne jede Sicherheit im neoliberalen Haifischbecken zurücklassen.“

Jens Beutel, SPD, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz

Beamtenrecht erneuern, um es zu erhalten!

Wie sieht die Versorgung der Beamtinnen und Beamten in Zukunft aus? Wann erhalten Beamtinnen und Beamte mehr Mitspracherechte und wird Leistung bald besser bezahlt?

Das Bundesinnenministerium arbeitet daran und möchte Vorschläge zur Ausweitung der Leistungsbesoldung auf den Tisch legen. Besoldung und Versorgung sollen dabei auch in Zukunft im Grundsatz bundeseinheitlich geregelt werden.

Über die Modernisierung des Beamtenrechtes besteht eine Arbeitsgruppe zwischen Bundesinnenministerium und ver.di/GdP/DGB, die seit dem Frühjahr zahlreiche Erörterungen durchgeführt hat. Hauptsächliche Themen sind die Besoldung und die Föderalisierung des Beamtenrechtes. Im Interesse einer Harmonisierung der Beschäftigungsbedingungen sollen sich dabei Änderungen am neuen Tarifrecht im öffentlichen Dienst orientieren. Ende September sollen erste Ergebnisse offiziell vorgestellt werden. Mehr dazu bei Ver.di unter: http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x014dc55e

BeamtInnen des Bundes sollen ab 01. Oktober 40 Stunden in der Woche arbeiten

Am 27.08.04 fand beim Bundesministerium des Innern (BMI) das Beteiligungsgespräch über die Erhöhung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes von 38,5 auf 40 Stunden statt. Die GdP hat die Regelung heftig kritisiert.

Es ist beschäftigungspolitisch kontraproduktiv, bei mehr als 4,3 Millionen Arbeitslosen die Arbeitszeiten zu erhöhen. Allein beim Bund werden dadurch mittelfristig rund 5000 Stellen nicht wieder besetzt und fallen schließlich weg.

Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen? Auto kaufen? PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz